



Foto: Chiralle Oberleiter

Initiative-Koordinator Stephan Lausch:

„In Südtirol hat es eine Öffnung in Richtung Pluralismus gegeben“

den Landtag, einen Gegenentwurf zu dem, was das Volk eingebracht hat, vorzulegen. Dann kann, so wie in der Schweiz, alternativ über beides abgestimmt werden. In Südtirol hat man dieses Modell als zu kompliziert erachtet und wollte es deshalb nicht in das Gesetz aufnehmen. Es wäre aber ein wesentliches Element der Direkten Demokratie, um problematische und radikale Formen abzuwenden.

Welche Volksabstimmungen in Südtirol halten Sie für gut bzw. gelungen?

Beispiele, die allerdings auf einem schlechten Gesetz basierten, waren die Volksabstimmungen im Jahre 2009, wo drei Fragestellungen von der Bürger-Union vorgelegt wurden: Flugplatz, Zweitwohnungsbau, Vorrang der Einheimischen beim Wohnbau. Mit letzterer konnte man auch keine Freude haben. Dann gab es gut wirksame kommunale Volksbefragungen in

Brixen zur Plose-Seilbahn, in Kaltern zum Hallenbad und natürlich die in Mals gegen die Pestizide, die viel und weit über die Landesgrenzen hinaus bewegt hat. Die Volksabstimmung zum Flugplatz, das der Landeshauptmann wollte, war ein Plebiszit, weil es von oben gewollt wurde, obwohl sich das Volk bereits 2009 eindeutig gegen den Flugplatz ausgesprochen hatte. Und entsprechend hält man sich jetzt wieder nicht daran.

Da eröffnet sich das Problem der Formulierung der Fragestellungen. Was sollte hier getan werden?

Direkte Demokratie sollte nicht von oben kommen, es ist kein Instrument für die Regierungen, sondern insbesondere für Minderheiten, die sich auf andere Weise nicht zum Ausdruck bringen können. Die Benko-Abstimmung in Bozen war das übelste Beispiel. Man hat sich ad hoc, so wie man es im Moment gebraucht hat, die Regeln dafür zurechtgezimmert. Ein anderes Beispiel ist der Brexit. Wenn man es so wie in der Schweiz gehandhabt hätte – wo auch ein mehrheitliches Ja der Kantone notwendig ist –, wäre er nicht durchgegangen. Wir kämpfen für eine gut geregelte Direkte Demokratie, nicht aber für eine plebiszitäre Demokratie.

Was das Quorum bei Abstimmungen betrifft, so haben Sie sich stets gegen ein solches ausgesprochen. Was allerdings mit der Gefahr verbunden ist, dass

potentiell einige Wenige über Weitreichendes entscheiden.

Das ist theoretisch möglich, die Praxis zeigt etwas ganz anderes: Ohne Quorum ist die Wahlbeteiligung wesentlich höher als mit Quorum, weil sich viel mehr Menschen aufgerufen fühlen, ihr Urteil abzugeben. Dann ist klar: Wie bei Wahlen ist sich derjenige, der sich der Abstimmung enthält, bewusst, dass die anderen für ihn entscheiden.

Zu Ihnen persönlich: Ist es nicht anstrengend, sich jahrelang für etwas einzusetzen, was für viele Menschen abstrakt bleibt und die Politik tendenziell ablehnt?

Mich treibt die Überzeugung an, dass Demokratie in erster Linie Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger und nicht Delegierung bedeutet. Delegierung an eine kleine Elite ist sie erst in zweiter Linie. Es müssen sich alle Menschen verantwortlich fühlen und nicht – am Stammtisch oder in Internet-Foren – sich über den Saufhaufen der Politik zu beschweren. Das ist die aktuelle Unkultur. Ich bin überzeugt, dass in der Bevölkerung, das Wissen und die Lernfähigkeit vorhanden ist, um zu den großen Problemen wie aktuell zur Klimaproblematik Lösungen zu finden. Eine politische Elite ist stets der Gefahr ausgesetzt, Partikularinteressen zu vertreten.

Die Südtiroler sind tendenziell obrigkeitshörig und haben bisher gerne mehrheitlich eine Partei gewählt. Was hat sich hier aus Ihrer Sicht in den vergangenen 25 Jahren getan?

Eine Öffnung in Richtung Pluralismus ist hier durchaus zu sehen, was sich beim ersten Referendum zur Direkten Demokratie gezeigt hat, wo das Quorum von 40 Prozent nur ganz knapp nicht erreicht wurde. Wir wären nicht soweit gekommen, wenn es nicht einen ausgeprägten Willen der Bevölkerung zur Mitbestimmung gäbe.

Was halten Sie von parteiinternen Abstimmungen auf einer privat verwalteten und Plattform wie Rousseau, wie Sie die Fünf-Sterne-Bewegung betreibt? Ihre Initiative ist von Minister Riccardo Fraccaro zuletzt sehr gelobt worden.

Jede Partei kann das handhaben wie sie will. Wenn sie damit meint, ihren demokratischen Ansprüchen zu genügen, kann sie das tun. Die Cinque Stelle wollen in Italien aber Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild einführen, mit der Abschaffung des Quorums und der Einführung der Volksinitiative. Da sind wir absolut dafür.

Welches ist Ihr Idealbild für eine moderne Demokratie?

Das Zusammenspiel von parlamentarischer und direkter Demokratie, gut gesetzlich geregelt. Dazu gehört ein anderes Landes-Wahlgesetz, mit dem z.B. auch listenübergreifend Personen und nicht nur eine Partei gewählt werden kann. Ein viel größerer Anteil der Wähler sollte in einer Regierung vertreten

Für Südtirol wäre das Ziel eine Konkordanz-Regierung, basierend auf dem Prinzip der Zusammenarbeit aller und nicht der Konkurrenz.

sind, derzeit können sich ja kaum mehr als 50 Prozent vertreten fühlen. Wenn man die mitdenkt, die nicht wählen gehen, vertritt die Regierung nicht mehr als 35 Prozent der Wahlberechtigten. In der Schweiz sind 70 bis 80 Prozent der Wähler in der Regierung vertreten, man versucht, die maßgeblichen politischen Kräfte verantwortlich einzubinden. Für Südtirol wäre das Ziel eben diese Art der Konkordanz-Regierung, basierend auf dem Prinzip der Zusammenarbeit aller und nicht der Konkurrenz. Hinzu kämen sogenannte Bürgerräte, die – nach dem Losprinzip ausgewählt – ihr Wissen und ihre Erfahrung in den politischen Prozess einbringen.

Interview: Thomas Vikoler

Zur Person

Stephan Lausch, 64, ist seit ihrer Gründung vor 25 Jahren Koordinator der Initiative für mehr Demokratie. Zuvor hat er zusammen mit Hans Glauber das Ökoinstitut Südtirol gegründet. Aus Anlass des Jubiläums gibt es eine Wanderausstellung, die bis am Samstag an der Uni Bozen gezeigt wird, vom 11. bis 22. November im Gymnasium Walther von der Vogelweide in Bozen und vom 25. November bis 14. Dezember im Realgymnasium Brixen.